

## **Antrag**

**der Abgeordneten Hilde Mattheis, Dr. Karl Lauterbach, Bärbel Bas, Petra Crone, Petra Ernstberger, Elke Ferner, Dr. Edgar Franke, Iris Gleicke, Angelika Graf (Rosenheim), Christel Humme, Ute Kumpf, Steffen-Claudio Lemme, Caren Marks, Thomas Oppermann, Mechthild Rawert, Dr. Carola Reimann, Ewald Schurer, Dr. Marlies Volkmer, Dr. Frank-Walter Steinmeier und der Fraktion der SPD**

### **Neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff einführen – Chancen zu nötigen Veränderungen nutzen**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Seit Einführung der Pflegeversicherung 1995 wird der Begriff der Pflegebedürftigkeit (§ 14 des Elften Buches Sozialgesetzbuch – SGB XI) kritisch diskutiert. Er gilt als zu eng, zu verrichtungsbezogen und zu einseitig somatisch ausgerichtet. Hauptkritikpunkt ist dabei, dass wichtige Aspekte wie die soziale Teilhabe unberücksichtigt bleiben.

Unter der früheren Bundesministerin für Gesundheit, Ulla Schmidt, wurde deshalb am 10. Oktober 2006 ein Beirat zur Überprüfung des Pflegebedürftigkeitsbegriffs einberufen. Er erhielt den Auftrag, konkrete, wissenschaftlich fundierte Vorschläge für einen neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff und ein damit verbundenes neues Begutachtungsverfahren zu erarbeiten.

Seit dem 29. Januar 2009 liegt der Abschlussbericht des Beirats vor. Ausgangspunkte für die darin enthaltenen Vorschläge für einen neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff und für ein neues Begutachtungsassessment (NBA) sind dabei eine stärkere Orientierung am Teilhabeanspruch pflegebedürftiger Menschen und die Überwindung der bisher fast vollständigen Ausrichtung auf körperbezogene Hilfeleistungen. Personen mit kognitiven und psychischen Beeinträchtigungen sollen besser berücksichtigt werden. Das NBA orientiert sich am Selbstständigkeitsgrad pflegebedürftiger Menschen, statt an deren Defiziten und Unvermögen. Damit soll eine ganzheitliche und kontextbezogene Wahrnehmung der Lebenslagen pflegebedürftiger Menschen erzielt werden. An die Stelle der bisherigen drei Pflegestufen sollen fünf Bedarfsgrade treten.

Am 20. Mai 2009 legte der Beirat einen zusätzlichen Umsetzungsbericht mit möglichen Strategien und konkreten Implementierungsschritten vor. Darin werden fünf verschiedene Umsetzungsszenarien dargestellt, eine Stichtagsregelung für die Einführung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs empfohlen und die Wichtigkeit des Bestandschutzes für die jetzigen Leistungsempfänger der Pflegeversicherung betont. Der Beirat zur Überprüfung des Pflegebedürftigkeitsbegriffs wird seine Arbeit im Sommer 2010 beenden. Der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff und das NBA bieten die Chance zu grundlegenden und nötigen Veränderungen der Pflege in Deutschland.

Die Bundesregierung hat sich in ihrem Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP vom 26. Oktober 2009 zu einer neuen, differenzierteren Definition der Pflegebedürftigkeit bekannt und angekündigt, die erarbeiteten Vorschläge „auf die Gestaltung der Pflegeversicherung und auch die Zusammenhänge mit anderen Leistungssystemen“ hin zu überprüfen.

II. Der Deutsche Bundestag begrüßt,

- die Ergebnisse des Beirats zur Überprüfung des Pflegebedürftigkeitsbegriffs und dankt ihm für seine Arbeit;
- den Vorschlag für ein neues Begutachtungsassessment. Es kann dazu beitragen, Ungerechtigkeiten bei der Einschätzung der Beeinträchtigungen von Menschen abzubauen und Ungleichbehandlungen zwischen Menschen oder ganzen Gruppen mit verschiedenen Beeinträchtigungen zu vermeiden. Mit seiner modularen Struktur bildet das NBA die für die Einstufung in eine Pflegebedürftigkeit relevanten Aktivitäten und Lebensumstände besser ab.

III. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

- Der geltende Pflegebedürftigkeitsbegriff des SGB XI ist mit seiner ausschließlich auf den Hilfebedarf bei Alltagsverrichtungen ausgerichteten Beurteilungsgrundlage gemessen an den heutigen pflegewissenschaftlichen Erkenntnissen nicht mehr zeitgemäß.
- Die Verwendung des Faktors Zeit ist als Bemessungsgröße für das Ausmaß der im Einzelfall benötigten Hilfen nach pflegewissenschaftlichen Erkenntnissen nicht mehr sachgerecht.
- Der geltende Pflegebedürftigkeitsbegriff berücksichtigt bei der Begutachtung die spezifischen Bedürfnisse von Kindern und Menschen mit psychischen und kognitiven Beeinträchtigungen nicht ausreichend.

IV. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- den Bundestag zu unterrichten, zu welchen Ergebnissen sie bei der in ihrem Koalitionsvertrag vom 26. Oktober 2009 angekündigten Prüfung der Auswirkungen eines neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs auf die Gestaltung der Pflegeversicherung und auf andere Leistungssysteme gekommen ist;
- die Implementierung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs als Instrument zu nutzen, einen Paradigmenwechsel herbeizuführen – hin zu einer ganzheitlichen Sicht auf den pflegebedürftigen Menschen mit seinem Recht auf Selbstbestimmung und Teilhabe und den damit notwendigen Veränderungen der Pflege in Deutschland;
- angesichts der demografischen Herausforderung die Wahrung eines solidarischen Beitrags zu den Kosten der Pflege weiterhin als eine gesellschaftliche Aufgabe anzusehen;
- einen Gesetzentwurf zur Implementierung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs vorzulegen, der folgende Punkte berücksichtigt:
  - Gewährung eines klar definierten Bestandschutzes gegenüber den Pflegebedürftigen, die nach jetzigem Recht Leistungen aus der Pflegeversicherung beziehen,
  - Verbesserung von Zusammenspiel und Durchlässigkeit der einzelnen Systeme, z. B. der ambulanten und der stationären Versorgung, damit sich die beabsichtigten Effekte des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs (Teilhabeanspruch, höhere individuelle Selbständigkeit) voll entfalten können,

- Lösung für die Handhabung mit den Überschneidungsbereichen der Kranken-, Pflege-, Hilfe- und Versorgungsplanung im Rahmen des SGB XI,
- Stärkung von Pflegeberatung und zivilgesellschaftlichen Arrangements.

Berlin, den 7. Juli 2010

**Dr. Frank-Walter Steinmeier und Fraktion**

